

18.01.2017 03:30 | Uwe Grünheid

Wahl zum Ersten Stadtrat: FW schicken Ziegler ins Rennen

Mörfelden-Walldorf

Zur Wahl des Ersten Stadtrates am 21. Februar werden die Freien Wähler ihren Vorsitzenden Burkhard Ziegler vorschlagen. Als Bankfachwirt sieht er sich befähigt, die finanzielle Lage der Stadt zu verbessern.



Burkhard Ziegler Bild: Uwe Grünheid

Die Freien Wähler (FW) haben in ihrer Fraktionssitzung am Montagabend einstimmig beschlossen, die Bewerbung des Fraktionsvorsitzenden Burkhard Ziegler für den Posten des Ersten Stadtrats zu unterstützen. „Wir setzen hohe Erwartungen in die Wahl, die am 21. Februar auf der Tagesordnung des Stadtparlamentes stehen wird, und begreifen dies als ganz große Chance für die Freien Wähler und vor allem für Mörfelden-Walldorf“, so die FW nach der Abstimmung.

Burkhard Ziegler erklärte dazu, dass innerhalb der Fraktion viel darüber diskutiert worden sei, „wer ist ein guter Kandidat, der das erreicht, was sich die Freien Wähler vorgestellt haben“. Die Tätigkeit eines Ersten Stadtrats, so der 48-jährige Bankfachwirt, sei „eine unheimlich interessante Aufgabe“, und er freue sich, „diese Herausforderung annehmen zu können“.

Vom Rettungsschirm weg

Dem vorangegangen war ein längerer Prozess. Er habe viel mit seiner Ehefrau und den beiden Töchtern über die Möglichkeit diskutiert, den Posten anzustreben. Denn natürlich werde die Übernahme eines solchen Amtes auch Auswirkungen auf die Familie haben. Darüber hinaus habe er sich auch gefragt, was die richtige Qualifikation für dieses Amt sei. Dabei sei er zu der Ansicht gelangt, dass er über die Erfahrungen verfüge, die Mörfelden-Walldorf braucht, zum einen aufgrund seiner langjährigen Tätigkeit auf dem Bankensektor, immerhin kann er auf 29 Jahre Berufserfahrung zurückblicken, zum anderen aufgrund seiner Fähigkeit, im Team zusammenzuarbeiten. Selbstverständlich sei dies alles auch bereits mit seinem derzeitigen Arbeitgeber abgestimmt, der über diese Entwicklung keineswegs glücklich gewesen sei.

Sein Motto sei, so Ziegler, dass er lieber eine Kerze anzündet als über die Dunkelheit zu klagen. Jetzt wolle er etwas dafür tun, die Ideen fortzuführen, die er entwickelt hat. Wenn Bürgermeister Heinz-Peter

Becker (SPD) zustimmt, will sich Ziegler als Erster Stadtrat der Aufgabengebiete Kämmerei, Soziales und Stadtwerke widmen.

Dabei seien ihm zwei Punkte wesentlich, so der gebürtige Münchener, der allerdings bereits seit mehr als 20 Jahren in der Doppelstadt lebt. Zum einen werde es ihm darum gehen, die Konsolidierung der städtischen Finanzen voranzutreiben, um aus dem Rettungsschirm rauszukommen, der politisches Handeln einschränkt. Nur damit könne die Stadt ihre Entscheidungsfreiheit zurückerlangen. Zum anderen sei es sein Ziel, Mörfelden-Walldorf für die Bürger und für Gewerbetreibende gleichermaßen attraktiv zu gestalten, auch um die Einnahmen der Stadt zu verbessern.

Nach der Wahl am 21. Februar zum Ersten Stadtrat, die für eine Amtszeit von sechs Jahren erfolgt, sei vorgesehen, dass Ziegler zum 1. März sein Amt antrete, also am Aschermittwoch, direkt nach der närrischen Zeit. „Dann können wir ernsthaft und mit Engagement ans Werk gehen“, so Ziegler, der hinzufügt, dass das konkrete Prozedere vom Bürgermeister abhängt.

Einsparungen erforderlich

Auf Hintergründe ging Zieglers Fraktionskollege Joachim Rommel ein, der darauf hinweist, dass die FW an sich in den Kommunalwahlkampf mit der Forderung eingestiegen seien, den Posten des Ersten Stadtrats nicht wiederzubesetzen. Auch hätten sie sich kritisch gegenüber Steuererhöhungen geäußert. In beiden Fällen hätten sie sich bewusst dafür entschieden, es anders zu machen.

Zum Posten des Ersten Stadtrats führte Rommel aus, dass hinter diesem Amt mit den Funktionen des Kämmers, des Wirtschaftsförderers und des Sozialdezernenten ein enormes Arbeitspensum steckt, das nicht ehrenamtlich als „Hobby“ geleistet werden könne. Zudem benötige eine professionelle Wirtschaftsförderung eine engagierte Persönlichkeit, die sich in wirtschaftlichen Dingen bestens auskennt und mit Gewerbetreibenden auf Augenhöhe kommuniziert.

Die deutliche Erhöhung der Grundsteuer B, verbunden mit der Erhöhung der Kita-Gebühren und weiteren Einsparungen, seien notwendig, um die Vorgaben des Regierungspräsidiums zur Einhaltung des Konsolidierungspfades des kommunalen Rettungsschirms einzuhalten. Dieser sieht vor, dass für die Jahre 2017 und 2018 ein Haushaltsüberschuss von 5,1 Millionen Euro erwirtschaftet werde. Um die Grundsteuer B schnell wieder senken zu können, seien jetzt massive Einsparungen erforderlich, so Rommel.

[Testen Sie jetzt [hier](#) das digitale Abo 4 Wochen lang für nur 5,90 €.]

 Zurück zu Kreise Offenbach/Groß Gerau

Kommentare

zu diesem Artikel sind keine Beiträge vorhanden

Ein neues Posting hinzufügen

Titel

Text